

## Es geht um einen echten Politikwechsel:

### **Das Kaputtsparen muss endlich gestoppt werden**

Von Franz Hertel, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der DKP im Stadtrat Püttlingen, Mitglied des Bezirksvorstandes der DKP Saarland

**Die Volksabstimmungen vom 13. Januar 1935 und vom 23. Oktober 1955 geben in diesem Jahr genügend Anlass zum geschichtlichen Rückblick. Aber auch die Gebiets- und Verwaltungsreform vom 1. Januar 1974 muss in diesen Zusammenhang gerückt werden, denn alle drei Jubiläen haben eines gemeinsam: Niemals durften die betroffenen Saarländer - ohne öffentlichen Druck und ohne, dass auf hysterische und erpresserische Weise der Teufel an die Wand gemalt wurde – in freier Selbstbestimmung über das eigene Schicksal entscheiden. Nehmen wir nur die erwähnte Gebietsreform:**

Obwohl die meisten Kommunen diesen Zusammenschluss ablehnten und in großen Demonstrationen und Kundgebungen (z.B. in Dudweiler, Rohrbach oder Bous) ihren Widerstand zum Ausdruck brachten, wurde die „Reform“ 1974 mit Brachialgewalt durchgesetzt. Damals war das Vorhaben mit der Schaffung von „leistungsfähigeren Verwaltungseinheiten“ begründet worden, die besser in der Lage seien, anstehende Aufgaben zu bewältigen und Finanzprobleme zu lösen. Heute wissen wir, dass die zahlenmäßige Reduzierung der Kommunen von rund 350 auf heute noch 52 Städte und Gemeinden die finanzielle Lage nicht verbessert hat. Doch dafür wurde teuer bezahlt: Nahezu 300 früher selbständige Gemeinden mussten ins Gras beißen, ebenso viele ehrenamtliche Bürgermeister verloren ihre Ämter, ganz zu schweigen von den Tausenden örtlichen Mandatsträgern, die nun nichts mehr zu sagen hatten. Bürgernähe erwies sich als hohles Gebrabbel, denn auch die Ortsräte, die danach geschaffen wurden, waren ohne verbrieft Rechte in Finanzdingen und anderen Fragen nur ein dürftiges Feigenblatt.

### **Die Gemeindekassen sind leer**

Als die DKP bei der Beratung eines Nachtragshaushaltes für 2002 im Püttlinger Stadtrat den Antrag stellte, endlich eine öffentliche Protestkundgebung zu organisieren, um auf die erdrückende Finanznot hinzuweisen und Abhilfe zu fordern, erntete die Fraktion vorwiegend mitleidiges Lächeln. Nur die Saarbrücker Zeitung berichtete am 2.11.2002 über die DKP-Initiative und warf in einer vierspaltigen Schlagzeile die Frage auf: „Gehen Fraktionen auf die Barrikaden?“ Doch nichts da! Bürgermeister und Fraktionen starteten wie erschrockene Kaninchen auf die gefährliche Schlange und blieben weiterhin untätig. Das ist jetzt mehr als ein Dutzend Jahre her. Inzwischen kann man an allen Ecken und Enden spüren, dass die Kommunen mit ihrem Latein am Ende sind und die Lage immer katastrophaler wird. Erst unlängst (SZ 19.12.14) warnte der Bürgermeister von Kleinblittersdorf: „Wir fahren den Karren sehenden Auges an die Wand“: Damit überhaupt ein Haushalt zustande kommt, wird dort weiter am Personal gespart, werden drei Kinderspielplätze in der Gemeinde dichtgemacht und höhere Brennholzpreise von den Bürgern gefordert.

## **Immer mehr Kommunen leben auf Pump**

Personalausgaben, Büromaterialien, Mittel für Sozial- und Jugendhilfe, ja sogar Zinsen für bereits laufende Kredite sind nur noch bezahlbar, indem immer mehr Kassenkredite in Anspruch genommen werden. Sie belaufen sich landesweit bereits auf über 1,8 Milliarden Euro und machen mehr als 60 Prozent aller kommunalen Schulden im Saarland aus, die gegenwärtig bei nahezu 3 Milliarden Euro liegen.

Auch Püttlingen lebt quasi auf Pump, denn immerhin muss die Stadt schon über 45 Millionen Euro über Kassenkredite finanzieren, ihre Schulden liegen bei 71 Millionen. Und selbst der Püttlinger Bürgermeister scheint inzwischen begriffen zu haben, dass die bisherige „Sparpolitik“ die kommunalen Haushalte nicht gerettet, sondern die Situation nur zugespitzt hat. Deshalb, so sagt er, sei die Demonstration der Bürgermeister am 25. November vor dem Saarländischen Landtag „nur ein Anfang“ (SZ 13.12.14) gewesen. Das ist gut so, denn ohne breite politische Auseinandersetzungen mit klaren Forderungen im Interesse der Städte und Gemeinden, wird sich nichts ändern. Nicht zuletzt geht es auch darum, Ursachen für die Defizite und Verwerfungen im kommunalen Bereich aufzuzeigen und Alternativen zu entwickeln.

## **Land missbraucht Mittel der Gemeinden**

Die saarländischen Bürgermeister haben mit ihrer Landtags-Aktion unter dem Motto: „Finger weg vom kommunalen Geld!“ ein wichtiges Problem angesprochen. Nicht nur, dass den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen werden, ohne adäquat dazu auch die erforderlichen Mittel zu bekommen; ein besonderer Skandal ist, dass die Landesregierung den Städten und Gemeinden riesige Mittel vorenthält, die eigentlich den Kommunen zustehen. So wurden in den letzten 10 Jahren vom Land 605 Millionen Euro einbehalten, Gelder die zur Sanierung des Landeshaushaltes eingesetzt wurden. Auch 2015 sollen die Kommunen auf diese Weise zur Ader gelassen werden: Allein 22 Millionen Euro büßen die Städte und Gemeinden ein, weil das Land einen höheren Anteil an der Grunderwerbssteuer behält, für den Kommunalen Entlastungsfond fehlt eine Nachfolgeregelung, weitere Belastungen entstehen durch Kürzung der Mittel für den ÖPNV, durch Abzug der Kulturabgabe und weitere Posten, insgesamt geht es um 105 Millionen Euro, welche den Kommunen in 2015 weggenommen werden sollen. „Raubrittertum“ hat Städtetagspräsident Lorig (CDU) dazu gesagt.

## **Streit um die Frage, wie es weitergeht**

Obwohl die Kommunen schon seit Jahrzehnten mit Haushaltskonsolidierung befasst sind und ihre Ausgaben in nahezu allen Bereichen rigoros runter gefahren wurden, ist keine Besserung in Sicht, Viele Gemeinden sind nicht mehr fähig, ihre Pflichtaufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen. Die Schuldenbremse verschärft diese Lage noch, weil nicht einmal mehr notwendige Investitionen möglich sind, die zu einer Entspannung führen könnten.

So tobt derzeit eine landesweite Auseinandersetzung über die Frage, wie der drohende Absturz in den Abgrund verhindert werden könnte. Dabei wird seitens der Landesregierung die „stärkere Zusammenarbeit der Kommunen – notfalls bis hin zu einer Gebietsreform“ (SZ 20.11.14) lautstark beschworen. Nach CDU-Vorstellungen sollen sich Städte und Gemeinden „freiwillig zu so genannten Infrastruktur-Einheiten von 30.000 bis 50.000 Einwohnern zusammenschließen“, die etwa Standesämter, Bäder, Hallen und IT-Einrichtungen gemeinsam betreiben. Dafür soll es sogar finanzielle Anreize geben.

Abgesehen von einigen Fällen, wo solche Beispiele der Zusammenarbeit bereits praktiziert werden, gibt es keine Begeisterung in den Kommunen, weil sich in der Praxis unüberwindbare Hürden auftun. Zu Recht wird auch bezweifelt, „ob größere Einheiten effizienter sind?“ (Bürgermeister Häusle, Riegelsberg / SZ 28.10.14) und „nicht von der Hand zu weisen ist die Angst, dass Bürgernähe und Identität auf der Strecke bleiben“.

Jeder Kenner der Lage weiß, dass Zusammenarbeit nur einen Sinn macht, wenn auch Mittel da sind, um etwas zu bewegen. Zusammenschlüsse nur des Sparens willen führen dazu, dass die kommunale Selbstverwaltung immer weiter ausgehöhlt wird und am Ende nur noch eine Hülle bleibt, um die Blößen eines herunter gewirtschafteten Kommunalsystem schamhaft zu verdecken.

### **Ohne neue Finanzpolitik läuft nichts**

Wer heute schon wieder von „Gebietsreform“ redet und glaubt das Saarland auf „drei Landkreise und 30 Gemeinden“ (SZ 24.5.14) zusammenstauchen zu können, will ein bewährtes Gefüge im kommunalen Bereich vorsätzlich zerschlagen und stellt die Existenz des Landes selber in Frage, denn wozu braucht man noch ein eigenes Bundesland, wenn auf der kommunalen Ebene kaum etwas übrig bleibt? Zudem weisen Fachleute darauf hin, dass bei Zusammenlegung von Landkreisen das Einsparpotential recht gering ist. Eher ist das Gegenteil der Fall, so hat die Veränderung der Verwaltungsstrukturen im Jahre 2007 dazu geführt, dass die „Personalkosten um 40 und die Sachkosten um 30 Prozent gestiegen“ sind (SZ 24.5.14), weil größere und zentrale Einheiten betriebswirtschaftlich höhere Koordinationskosten erzeugen und infolge geringerer Überschaubarkeit zu Effizienzverlusten neigen.

Ob „freiwillige“ Bildung von größeren „Infrastruktureinheiten“ oder „von oben“ verordnete Gebietsreform: stets sind solche Bestrebungen darauf ausgerichtet, den kommunalen Verwaltungsapparat straffer, effektiver und politisch zielstrebiger auszurichten sowie die wirtschaftlichen und sozialen Potenzen der Kreise, Städten und Gemeinden besser auf die von der zentralen Exekutive abgesteckten Ziele auszurichten und vor allem dem Kapital seine Pfründe zu sichern. Dabei setzen sich die Herrschenden rücksichtslos über die Interessen des Volkes hinweg.

Kein Weg führt an der Grundfrage aller Kommunalpolitik vorbei, der ausreichenden Finanzierung der Städte und Gemeinden. Durch eine neue Steuer- und Abgabepolitik müssen die öffentlichen Kassen gestärkt werden. Vor allem große Vermögen und Einkommen sind stärker zur Finanzierung

des Gemeinwohls heranzuziehen, die mittleren und niedrigen Einkommensklassen müssen entlastet werden.

Oft gibt es Versuche, den „schwarzen Peter“ an die Kommunen zu schieben, weil diese angeblich über ihre Verhältnisse gelebt haben. Das stimmt natürlich nicht. Die Ausgaben der Städte und Gemeinden sind nirgends so niedrig wie im Saarland. So liegen die kommunalen Sachinvestitionen an der Saar nur bei 202 Euro je Einwohner, nicht einmal halb so hoch wie in Bayern. In Bauausgaben für Straßen fließen im Saarland nur 32 Euro pro Kopf, in Bayern 79 Euro.

Ursache für die kommunale Misere ist nicht nur die jahrzehntelange Unterfinanzierung durch das Land, insbesondere die rot-grünen Steuersenkungen ab 2001, die Abwälzung der Konjunkturlaute und der Folgen der globalen Wirtschaftskrise haben sich gravierend auf die Kommunen, auf die Menschen in den Städten und Gemeinden ausgewirkt. Und die Schuldenbremse tut das Übrige, damit der Niedergang weitergeht.

### **Jetzt demokratische Alternativen durchsetzen**

Wir begrüßen es, dass die Gewerkschaft ver.di Forderungen entwickelt hat, um die Lage der Kommunen zu verbessern und dafür mit gezielten Aktionen an die Öffentlichkeit geht. Diese Vorgaben reichen von der „Aufhebung der kommunalen Schuldenbremse“ über die „Auflage eines echten Entschuldungsfonds“ für die Gemeinden bis hin zur „Wiedereinführung der Vermögenssteuer“ und weiteren Vorschlägen.

Aus Sicht der DKP ist eine breite gesellschaftliche Debatte notwendig, die sich letztlich um die Beantwortung der Frage drehen muss „Wie wollen wir im Saarland heute und in Zukunft leben?“. Angesichts der fatalen Auswirkungen der kapitalistischen Krise hilft nur ein radikaler Wechsel in der Landespolitik.

Der DKP geht es bei diesem Politikwechsel um die Durchsetzung einer anderen Umverteilung der öffentlichen Finanzmittel, um den Ausbau des Öffentlichen Sektors im Saarland, um das Durchsetzen von Demokratie und das heißt Selbstbestimmung. Es geht um die demokratische Regulierung der Wirtschaft, um Mitbestimmung in Unternehmen und Kommunen; um ein ausgebautes und jedem zugängliches Bildungs- und Gesundheitswesen und nicht zuletzt um ein zuverlässiges System sozialer Sicherheit. Dafür setzen wir uns ein und sind sicher, damit auch der saarländischen Landesverfassung stärker zu Geltung zu verhelfen.